



Agenda 21-Rat der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Geschäftsadresse:
Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und
Wirtschaft, Neuer Markt 3, 18055 Rostock
Tel / Fax: 0381/ 381 6131/ 6901
christoph.fischer@rostock.de

Rostock, 08.03.2022

Protokoll der Sitzung vom 16.02.2022

Zeit/Ort: 17:30 Uhr, Videokonferenz
Anwesende: **Mitglieder des Rates:** siehe Teilnahmeliste
Aus der Verwaltung/ Gäste: siehe Teilnahmeliste
Leitung: Wolfgang Nieke
Protokoll: Ralf Kähler

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Formalien
2. Aktuelle Fragen der Stadtbegrünung
3. Selbstverständigung des AR über seine aktuellen Aufgaben von der Agenda-21 hin zu den sustainability development goals
4. Informationen aus den Agenda 21-Arbeitskreisen und aus dem Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
5. Verschiedenes

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Nieke
Stellvertretung: Karola Frömel, Dr. Ralf Kähler

1. Begrüßung und Formalien

Wolfgang Nieke eröffnet die Veranstaltung. Die Tagesordnung und das Protokoll der vergangenen Sitzung werden bestätigt.

2. Aktuelle Fragen der Stadtbegrünung

Vortrag von Ute Fischer-Gäde, siehe Folien im Anhang

Die Verwaltungskultur hat sich in den letzten Jahren massiv gewandelt, es gibt eine neue Planungskultur. Aufgabe des Amtes ist „Grün zu qualifizieren, zu erhalten und zu entwickeln“ für die jeweiligen Anforderungen. Anpassung an Klimawandel ist eine der Hauptaufgaben. Durch den vergangenen Sturm gab es erhebliche Schäden, die jetzt Einzelfallentscheidungen bzgl. der aufgetretenen Baumschäden erfordern.

Es soll Flächen mit hoher Lebensqualität und Diversität generiert werden, aber Rostock hat z. B. noch keinen guten durchgängigen Bewegungsraum im Grünen.

Die Fritz-Reuter-Straße erhält eine neue Profilierung, an der das Amt für Stadtgrün mitgearbeitet hat. Die bisherigen Bäume wurden an einen neuen Standort verbracht.

Flächen- und Grünnutzung ist auch eine Frage von Teilhabe und Umweltgerechtigkeit. Zum Beispiel gibt es kaum öffentlich verfügbare Zugänge an die Warnow. Umweltgerechtigkeit ist Teil des Umwelt- und Freiraumkonzeptes, welches ein Abwägungsinstrument für den FNP ist.

Das Kleingartenentwicklungskonzept liegt vor. Darin wird angestrebt, dass der Bestand erhalten werden soll und zugleich mehr Freizeitqualitäten (Spielplätze, Wanderwege, Aufenthaltsräume) für die Bewohner*innen von Rostock beinhalten. Das Amt für Stadtgrün wünscht sich mehr Unterstützung durch Meldung von Problemstellen.

Dachbegrünung ist nicht Teil der Arbeit des Grünamtes. Aber eine Untersuchung der Dachflächen hat ergeben, dass aktuell 0,45% der Dächer im Stadtgebiet Grün aufweisen. Es bestünde allerdings bei 21% der Dachflächen Potenzial zur Dachbegrünung.

Die Diskussionen der vergangenen Monate (Rosengarten) sind hinsichtlich Mitarbeiter führen Flyer für Grünschnittmaßnahmen zur Erläuterung der Arbeit des Amtes mit, da es immer wieder zu Beschwerden in unterschiedlicher Ausrichtung gab. Ein digitales Pflegemanagement ist immer noch im Aufbau. Derzeit sind 200 ha in Rostock vollkommen unbewirtschaftet.

Die Diskussionen der vergangenen Monate (Rosengarten) sind hinsichtlich der demokratischen Entscheidungsfindung positiv zu werten. Negativ ist die darin geäußerte Kritik hinsichtlich der Arbeit als Fachamt.

Diskussion:

Herr Roger Schmidt: Die Fraktion Rostocker Bund arbeitet an dem Thema intensiv. Kritisch wird die Diskussion um den Baumerhalt im Rosengarten gesehen. Wenn von einigen Aktivist*innen gefordert wird, „auf die Wissenschaft zu hören“, sollten diese es auch so halten. Die Fraktion Rostocker Bund hatte den Prozess zur Diskussion Begrünung von Dach- und Fassadenflächen angeschoben, jetzt liegt ein Bürgerschaftsbeschluss vor. Im Stadtwald Tessiner Straße wurden in der Vergangenheit Bäume für den Verkauf eines Grundstückes gefällt, der Kauf kam jedoch nicht zustande. Daher wurden diese Bäume unnötig gefällt.

Frau Fischer-Gäde: Kassebohm ist ein negatives Beispiel, es gibt jetzt eine Verwaltungsanweisung, dass ohne vorliegende Baugenehmigung keine vorfristigen Fällungen mehr erfolgen.

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Nieke
Stellvertretung: Karola Frömel, Dr. Ralf Kähler

Frau Stiemer: Spricht Lob an die Mitarbeiter des Grünamtes für die umfangreiche Arbeit aus.

Herr Költzsch: Hinweis, dass neben dem Grünamt auch das Forstamt für einzelne Flächen und damit Baumfällungen im Stadtgebiet verantwortlich ist.

Herr Kähler: Der Diskussionsprozess um die Baumfällungen Rosengarten zeigt den Bedarf für Optimierungen hinsichtlich Information und Diskussion mit der Stadtgesellschaft. Mögliche Werkzeuge müssen noch gesucht werden.

Frau Fischer-Gäde: Das wichtigste Werkzeug ist weiter die formale Beteiligung durch Auslegung der Planungen. Es gibt den Leitfaden für Bürgerbeteiligung, der stärker genutzt werden kann. Informationen über Sozial Media Kanäle werden noch nicht angenommen. Im Bereich des Tiefbauamtes gibt es einen Baustellenkatalog, der Vorbild für einen Planungskatalog sein kann.

Frau Blum: Umfangreiche Information ist wichtig. Die ausgelegten Planungsunterlagen sind häufig nicht ausreichend verständlich und zielführend. Beispiel Instagram wird von der Stadt noch nicht ausreichend genutzt, hier fehlen immer noch relevante Informationen, gleichzeitig viele für Einwohner weniger interessante Informationen. Es gab in der Vergangenheit gleichzeitig zwei ähnliche Verfahren mit Bürgerbeteiligung. Hier war teilweise unklar, wer zu welchem Verfahren Informationen herausgibt. Derartiges sollte in der Zukunft vermieden werden. Hier könnte der Beirat zur Bürgerbeteiligung als Korrektiv tätig sein.

Herr Nieke: Die Diskussion kann als Arbeitsauftrag für den Beteiligungsbeirat verstanden werden.

Herr Költzsch: Problem ist auch die Befreiung von der Begrünung von Dach- und Fassadenflächen. Investoren stellen Projekte vor und beantragen Baugenehmigungen. Nachträglich wird über Änderungsanträge auf die Begrünung verzichtet. Hier sollten Freigaben viermieden werden.

Herr Patrick Schmidt: Es sind Rechtsgrundlagen in Verfahren zu beachten, es gibt hier kaum weitergehende Möglichkeiten für die Behörden.

Herr Nieke: Zugang zu Uferbereichen wird gewünscht, es ist aber vieles verbaut. Das Baugesetzbuch bietet hier aber auch die Möglichkeit zur Enteignung. Gemeinwohl muss stark gemacht werden. Achsen als Hochwasserschutz und Entwässerung sind notwendig und sollten an den Anfang gestellt werden. Im Beispiel der Bevölkerungsentwicklung werden Prognosen als Projektionen verwendet, dies kann auch auf andere Bereiche angewendet werden. Entsprechende Priorisierung in der Planerstellung, zuerst „Grün“, danach andere Pläne. Ziel muss eine Entwicklung sein, die auch aus zurückblickender Sicht als richtig bewertet wird.

Herr Blaudzun: Am Beispiel Fritz-Reuter-Straße: es sind nicht nur Biotope sondern auch Soziotope zu betrachten. Hinweis auf das Rostocker Oval, es sollten auch kleineren Kultur- und Wirtschaftsformen Chancen gegeben werden. Ehemalige Idee: die Brücke als Chance zur Anbindung Gehlsdorf, Toitenwinkel und Dierkow an die KTV, leider nicht als Projekt realisiert. Die Idee „welche Achsen braucht die Stadt“ ist gut und sollte als produktiver Zugang genutzt werden.

Herr Patrick Schmidt: Das Amt arbeitet daran, das Thema Achsen war auch von Anfang an in der Planung und Diskussion, z.B. auch Kaltluftschneisen. Die Frage ist, welchen Aspekt man höher gewichtet.

Frau Zander: Ein integratives Konzept für die Fritz-Reuter-Straße kann jetzt auch vom Bund im Rahmen des Klimaschutzes gefördert werden. Am 2. März gibt es dazu eine Auftakt- und Informationsveranstaltung.

Frau Fischer-Gäde: Das Umwelt- und Freiraumkonzept ist in Erarbeitung und kann gerne ab September vorgestellt werden.

3. Selbstverständigung des AR über seine aktuellen Aufgaben von der Agenda-21 hin zu den sustainability development goals

Vorstellung der der Namensänderung durch Wolfgang Nieke. Eine vertiefte Diskussion soll zu einem anderen Zeitpunkt erfolgen.

Herr Kähler: Neben dem Namen sollten auch eine größere Verbindlichkeit der Nachhaltigkeit und zukünftige Aufgaben des Rates diskutiert werden.

Frau Zander: Vorstellung Berücksichtigung der Klimarelevanz in Beschlussvorlagen der Verwaltung. Entwurf liegt jetzt beim Sitzungsdienst vor. Kurze Vorstellung des Schemas, die Berücksichtigung der Klimarelevanz findet nur bei Beschlussvorlagen der Verwaltung und nicht bei Anträgen in der Bürgerschaft Anwendung.

4. Informationen aus den Agenda 21-Arbeitskreisen und aus dem Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

Arbeitskreis Wohnprojekte:
nicht vertreten

Arbeitskreis Stadt- und Regionalentwicklung:
keine Informationen

Arbeitskreis Energiewende:

- Wärmeplan ist in der Endfertigstellung, Vorstellung in der Bürgerschaft hat begonnen.
- Energiepreise sind seit August 2021 ein Thema, in der kommenden Sitzung am 23.02. sollen lokale Möglichkeiten zur Abfederung untersucht werden.

Amt für Stadtentwicklung:

- Herr Schmidt weist auf den Flächennutzungsplan hin, dass 1. Zielkonzept soll im Herbst vorliegen
- Hinweis auf den 1. Preis für das archäologische Landesmuseum, Gewinner sind über Homepage der Stadt beim SBL einsehbar

5. Verschiedenes

Keine Themen



Prof. Dr. Wolfgang Nieke
Sprecher des Agenda 21-Rates